

---

### Altersvorsorge

## Einstieg in die Pflichtvorsorge?

---

Die IG-Metall und Gesamtmetall haben sich auf ein Vertragswerk „Altersversorgung Metall und Elektro“ geeinigt. Der Tarifvertrag regelt die Modalitäten für die Umwandlung von Arbeitsentgelt in Beiträge zur Alterssicherung. Ein solcher Tarifvertrag ist nötig geworden, um Arbeitnehmern in tarifgebundenen Betrieben die Option zu eröffnen, die freiwillige Altersvorsorge (Riester-Rente) durch Formen betrieblicher Alterssicherung zu verwirklichen. Unternehmen, in denen keine betriebliche Versorgungswerke bestehen, sollen überbetriebliche Formen (Direktversicherung, Pensionskassen, Pensionsfonds) nutzen können. Hierzu werden IG-Metall und Gesamtmetall eine gemeinsame Einrichtung gründen, die mit privaten Anbietern von Finanzdienstleistungen entsprechende Verträge aushandelt und diese überwacht.

Dieser Weg ist – bei gegenwärtigem Rechtsstand – nicht obligatorisch. Wer es vorzieht, kann die private Altersvorsorge individuell mit einer Versicherung oder einer Bank vereinbaren. Wer aber die Mühe und das Risiko solcher Verträge scheut, wird dankbar sein, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften ihm diese Aufgabe abnehmen. Nach einer Schätzung der Dresdner Bank werden drei Viertel der Interessenten an der freiwilligen Altersvorsorge diese Option wahrnehmen. Sollten die Tarifvertragsparteien aber einmal übereinkommen, daß künftig – anstelle von Tariflohnerhöhungen – die Arbeitgeber schrittweise die Beiträge der Arbeitnehmer übernehmen, sind auch diejenigen zur Altersvorsorge gezwungen, die freiwillig nicht dazu bereit wären. Dann hätte der Bundesarbeitsminister seinen ursprünglichen Plan einer Pflichtvorsorge doch noch erreicht. Künftige Ökonomen hätten indes Gelegenheit, über die Effizienz der – dem Wettbewerb und der Kapitalmarktkontrolle entzogenen – „Altersversorgung Metall und Elektro“ nachzudenken. hä

---

### Gesundheitswesen

## Keine einfachen Lösungen

---

Die Medikamenten-Affäre um den Cholesterinsenker Lipobay hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt dazu veranlaßt, einen Arzneimittelpaß für Patienten zu fordern. Ein vom früheren Gesundheitsminister Seehofer erarbeitetes CSU-Konzept geht noch weiter: Es sieht die Erfassung aller Diagnosen und Untersuchungen auf einer Chipkarte vor. Ulla Schmidts

Vorschlag zielt vor allem darauf, Medikamente mit möglichen Wechselwirkungen zu erfassen; dem CSU-Konzept liegen neben der medizinischen Qualitätsverbesserung auch ökonomische Motive zugrunde. eingespart werden könnten teure und häufig sogar schädliche Mehrfachuntersuchungen. Tatsächlich ist das deutsche Gesundheitssystem in Europa führend bei der Nutzung von Röntgengeräten oder bei Herzkatheteruntersuchungen, jedoch nicht immer zum Nutzen der Patienten – wie der jüngste Bericht des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen kritisiert.

Medizinisch und ökonomisch spricht also vieles für eine intelligente Chipkarte. Gegen die Karte als Informationsspeicher sprechen sich aber die Datenschützer aus. Schon 1994, als die Krankenversicherungskarte eingeführt wurde, gab es eine ähnliche Diskussion mit dem Ergebnis, daß Informationen über Diagnose, Behandlung und Medikamente nicht gespeichert werden. Der Konflikt ließe sich lösen, wenn der Hausarzt die Funktion eines Lotsen durch das Gesundheitssystem übernehmen würde. Auch ohne Chipkarte könnte er als zentrale Sammelstelle der Gesundheitsdaten fungieren, gleichzeitig die Untersuchungen der Fachärzte koordinieren, und er unterläge der ärztlichen Schweigepflicht. Auf die Gefahren bei der damit verbundenen Abschaffung der freien Arztwahl weist jedoch auch der erwähnte Bericht des Sachverständigenrates hin: Häufig werden Patienten nicht rechtzeitig zu Spezialärzten überwiesen. Einfache Lösungen gibt es in der gesundheitspolitischen Diskussion nicht. er

---

### Verkehrsreform

## Historische Chance

---

In der Diskussion um die Trennung von Netz und Betrieb der Bahn hat sich das Blatt gewendet. Im Frühjahr wurde von Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig eine Arbeitsgruppe „Zukunft der Schienenwege“ eingesetzt, mit der Aufgabe zu prüfen, wie ein diskriminierungsfreier Zugang zum Schienennetz für alle Nutzer gewährleistet werden kann. Die Herauslösung der Netz AG aus dem Bahnkonzern und die Umwandlung in eine unabhängige Finanzierungsgesellschaft für Verkehrsinfrastruktur schien die sinnvollste Lösung zu sein. Nur die Deutsche Bahn hält verständlicherweise nichts von dieser Lösung, weil sie mit Mindereinnahmen rechnet. Nun hat sie durch Bundeswirtschaftsminister Werner Müller Unterstützung erfahren. Er

schlägt vor, daß die Netz AG bei der Bahn bleibt und der diskriminierungsfreie Zugang aller Nutzer durch das Bundeskartellamt und nicht mehr durch das Eisenbahnbundesamt garantiert wird.

Es ist wohl unbestritten, daß die derzeitige Trassenvergabe auf dem Netz der Deutschen Bahn zu unbefriedigenden Ergebnissen führt. Auch wenn es zu einer verwaltungsrechtlichen Trennung der Netz AG innerhalb des Bahnkonzerns bereits gekommen ist, bleibt doch offensichtlich, daß die Bahn AG anderen Bahnunternehmen schlechtere Tarifbedingungen als sich selbst anbietet und rationalerweise auch Interesse daran hat, dies weiterhin zu tun. Das Bundeskartellamt als Regulierungsbehörde wird ebenso wie das Eisenbahnbundesamt große Schwierigkeiten haben, einen diskriminierungsfreien Zugang für andere Bahnunternehmen zu garantieren.

Es wäre schade, wenn hier die historische Chance verpaßt werden würde, die Rahmenbedingungen für einen wirklich wettbewerbsfähigen Verkehr auf der Schiene zu schaffen. Dann könnten Bahntransporte insgesamt kostengünstiger und flexibler werden, so daß sie vielleicht auch in einigen Bereichen gegenüber dem LKW an Attraktivität gewinnen würden. cw

---

### Argentinien Weitere Atempause

---

Argentiniens lang anhaltende Finanzkrise hat sich seit Beginn dieses Jahres zugespitzt: Allein von Anfang März bis August sind die Devisenreserven des Landes um 35% gesunken. Die Bankeinlagen waren zunehmend von Peso in US-\$ umgeschichtet worden. An diesen ist die Landeswährung seit 1991 fest gebunden. Zur Stützung der Reserven hat nun der Internationale Währungsfonds (IWF) zunächst weitere 5 Mrd. US-\$ als Soforthilfe bewilligt. Zusätzliche 3 Mrd. US-\$ sollen Anfang des nächsten Jahres als internationale Garantie für eine erneute Umschuldung freigegeben werden.

Die Regierung ihrerseits versucht, mit Hilfe einer im Juni erfolgten Restrukturierung der Verbindlichkeiten den Schuldendienst aufrechtzuerhalten sowie mit einem für dieses Jahr angestrebten Null-Defizit die Haushaltssituation in den Griff zu bekommen. Zusammen mit den Gewerkschaften sorgt die peronistische Opposition jedoch für massiven innenpolitischen Druck gegen den Sparkurs. Folgerichtig werden Zweifel laut, ob es der Regierung gelingen wird, das Null-Defizit, welches die ohnehin angeschlagene Konjunktur noch weiter abbremsen würde, tatsächlich umzusetzen.

Unabhängig davon wird auch die neuerliche Kreditzusage des IWF Argentinien lediglich eine weitere kurze Atempause bei der Bedienung seiner Gesamtschuld in Höhe von 130 Mrd. US-\$ ermöglichen. Die nachhaltige Zahlungsfähigkeit des Landes läßt sich auf diese Weise nicht verbessern. Vielmehr sollte der IWF die Regierung zu weiteren politischen Reformen drängen sowie zu einer Aufgabe der Dollar-Bindung bewegen, um dem Land eine geregelte Abwertung des Peso zu ermöglichen. Dies würde Argentinien mehr helfen als jede weitere Finanzspritze, dessen kurze Wirkungsdauer von vornherein absehbar ist. mi

---

### Japan Verlorenes Jahrzehnt

---

Die notleidenden Kredite der japanischen Banken stiegen im Fiskaljahr 2000 auf eine neue Rekordhöhe von 32,5 Billionen Yen bzw. 5,4 % aller ausstehenden Kredite. Für Enttäuschung sorgte der Hinweis des Chefs der Financial Services Agency (FSA), Yanagisawa, es dauere sieben Jahre, bis sich die Zahl der faulen Kredite auch nur halbiert. Premier Koizumi ging zuvor in seinem Sanierungsprogramm noch von zwei bis drei Jahren aus.

Die unterschiedliche Bewertung geht zum Teil auf verschiedene Ansätze zurück: Koizumi bediente sich einer engen Definition, die rund 11,7 Billionen Yen notleidender Kredite bei den größten Banken umfaßt. Yanagisawa geht dagegen von 17,4 Billionen Yen aus. Die Verwirrung macht deutlich, daß sich selbst die Aufsichtsbehörden nicht über die wahre Dimension des Bankenproblems im klaren und schon gar nicht einig sind. Die FSA verläßt sich weitgehend auf die Angaben der Banken. Private Analysten gehen von notleidenden Krediten der Banken in Höhe von 70 Billionen Yen bis sogar 170 Billionen Yen aus.

Die beharrliche Unterschätzung des wahren Ausmaßes der notleidenden Bankkredite und die Tatsache, daß Koizumis Sanierungsprogramm nur für die relativ starken Großbanken gelten sollte, weisen darauf hin, daß die Regierung nicht so konsequent handelt wie sie spricht. Denn eine konsequente, rasche Sanierung bedeutet Bankenpleiten, Folgekonkurse und mehr Arbeitslose. Eine weitere Zuführung öffentlicher Mittel an die Banken würde dagegen Koizumis Sparpolitik torpedieren. Mindestens zehn Jahre werden nach den jetzigen Plänen vergehen, bis die notleidenden Kredite auf ein verträgliches Maß abgebaut sind. Damit muß sich Japan auf ein weiteres „verlorenes Jahrzehnt“ einstellen. an